



Presseschau vom 18.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: Westukraine: Extremisten zünden Filiale von russischer Bank in Lwiwan – VIDEO

In der westukrainischen Stadt Lwiwan haben Unbekannte in der Nacht auf Samstag versucht, die ukrainischen Tochtergesellschaften von zwei russischen Banken anzuzünden. Dies teilte der Abgeordnete des Lwiwer Stadtrates, Igor Sinkewitsch, mit.

Ein Brand geschah demnach im Stadtzentrum in der BM Bank, der Tochter der russischen VTB. Zwei Unbekannte sollen Flaschen mit Brandstoff in ein Fenster der Bank geworfen haben. Der Brand sei gelöscht worden.

In dieser Nacht wurde laut Sinkewitsch auch versucht, die Tochter der russischen Sberbank, die VS Bank, in Brand zu setzen. Die Flasche sei aber zerbrochen und habe das Fenster zerstört, ohne das Gebäude in Brand zu setzen.

Laut früheren Berichten hatten sich russische Banken nach den Angriffen ukrainischer Radikaler entschieden, ihr Geschäft in der Ukraine auf ihre Tochtergesellschaften zu reduzieren und nach den durch die ukrainische Regierung verhängten Sanktionen zu verkaufen.

Am 16. März hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den ukrainischen Tochtergesellschaften von fünf russischen Banken per Erlass verboten, Geld an ihre

Muttergesellschaften zu überweisen, Dividenden auszuschütten, Interbank-Kredite und — Depositen zurückzuzahlen und Wertpapiere zu kaufen. Betroffen sind die größten russischen Banken, darunter Sberbank und VTB.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/czxHmhtrq_k" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/czxHmhtrq_k

rusvesna.su: 1996 hatte Sjuganow die Wahlen gewonnen, Jelzin wurde jedoch mit Hilfe der Vereinigten Staaten und Clinton zum Wahlsieger erklärt

Der Wahlsieg Boris Jelzins im Jahr 1996 war der Verdienst der amerikanischen politischen Berater und Bill Clintons persönlich, schreibt die World Socialist Web Site.

Nicht nur, dass sie das Wahlprogramm des russischen Präsidenten und die Ratings überwachten, es gibt auch einige Hinweise dafür, dass diese Wahlergebnisse generell gefälscht waren, denn der wirkliche Sieger war Gennadij Sjuganow, schreibt der Autor des Artikels. Die letzten 9 Monate haben die Demokratische Partei und die so genannten liberalen Medien eine „neo-mccarthystische- Kampagne“ geführt, in der Trump als Marionette Putins und Moskau als feindliche ausländische Macht bezeichnet wird, schreibt die World Socialist Web Site. Nach Ansicht des Autors steht hinter dieser „politischen Hexenjagd“ der Kampf zwischen der imperialistischen Außenpolitik der USA und der Neigung Trumps, die Beziehungen zu Russland zu verbessern.

Um diese Kampagne zu stärken, ergießt man über die Öffentlichkeit „heuchlerische Aussagen des Schreckens und des Schocks“ angesichts der Tatsache, dass jedes Land versuchen kann, eine Manipulation der Wahlen in einem anderen Land vorzunehmen.

Jedoch meint der Autor des Artikels, dass das, was als amerikanisches Wahlsystem als Demokratie-Modell hingestellt wird, in Wirklichkeit offensichtlich Betrug ist.

„Es ist ein System, dass der superreichen Finanzoligarchie es erlaubt, Kandidaten, Parteien und Wahlen zu kaufen“ schreibt er. So wurde aus der publik gewordenen Korrespondenz des Nationalkomitees der Demokratischen Partei klar, dass sie versuchten, die Kampagne von Bernie Sanders zu sabotieren, was eine Manipulation des Wahlprozesses bedeutet.

Und wenn die Rede ist von der Manipulation von Wahlen in anderen Ländern, „wissen die amerikanische herrschende Elite, ihre Medien und politischen Marionetten sehr gut, wovon die Rede ist. Die USA sind weltweit führend bei der Einmischung in Wahlen anderer Länder“, sagt der Autor des Artikels und bezieht sich auf Forschungsdaten. So haben sich die USA von 1946 bis 2000 81 Mal in den Wahlprozess anderer Länder eingemischt.

In diese Zahlen zählen noch nicht die Operationen zum Sturz von Regimen und Militärputsche, die in Ländern nach der Wahl den USA nicht genehmer Kandidaten stattfanden, wie zum Beispiel im Iran, im Kongo, in Guatemala, Chile usw. In der Tat, stellt die Webseite fest, stellt sich heraus, dass sich die amerikanische Regierung und ihre Komplizen praktisch überall einmischten, einschließlich ihrer nominellen Verbündeten.

Jedoch in einem Fall, so der Autor des Artikels, ist auf dieser Liste besonders bemerkenswert aufgrund seiner „unverhüllten Dreistigkeit“. Und das geschah bei niemand anderem als bei Russland. Die Rede ist von 1996, als Boris Jelzin in eine zweite Amtszeit ging. Damals führte das Weiße Haus und Bill Clinton persönlich eine massive Kampagne dieses Kandidaten, dessen „compradorisches Regime in erster Linie etabliert worden war, um den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Rückkehr zum Kapitalismus zu überwachen.“

Die Ironie der Situation liegt auch in der Tatsache, dass das heutige Opfer russischer Cyberattacken Hillary Clinton zu diesem Zeitpunkt die Ehefrau des Präsidenten war, der sich mit eigener Hand in die russischen Wahlen vor 20 Jahren eingemischt hatte.

In dem Moment, als Jelzin erklärte, dass er in eine zweite Amtszeit geht, war er einer den am meisten verachteten Menschen in Russland, auch wegen der Privatisierung der russischen

Wirtschaft und deren katastrophalen Folgen: 50%iger Rückgang des BIP, Hyperinflation, wachsende Korruption und Kriminalität, der Zusammenbruch der Medizin, das Aufbrauchen der Lebensmittel- und Treibstoffreserven, die Nichtzahlung von Gehältern und Renten, der Abfall des Lebensstandards und wegen des Krieges in Tschetschenien.

Jelzins Opposition war so stark, dass er im Jahr 1993 mit Hilfe eines diktatorischen Dekrets das Parlament auflösen und mit Hilfe des Militärs die Proteste niederschlagen konnte, wobei nach den Worten des Autors etwa 2000 Menschen getötet worden waren.

„So war der so genannte demokratische Held, den die USA bei den Wahlen 1996 unterstützten“, schreibt die Webseite.

Nach Aussage des Journalisten hatte das Gefolge Jelzins diesen dazu aufgerufen, die Wahlen nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden zu lassen, weil man befürchtete, dass sein Gegner Gennadij Sjuganow gewinnen werde. Jedoch „wurden zur Rettung Jelzins vor der sicheren politischen Niederlage amerikanische Politikberater ausgesandt“. Daraus wurde auch kein Hehl gemacht: Nach dem Sieg Jelzins veröffentlichte die Zeitschrift Times eine entsprechende Enthüllung und einen Artikel, der detailliert beschreibt, wie Jo Shumey, George Gorton und Richard Dresner mit Jelzin gearbeitet hatten.

Sie alle waren amerikanische politische Berater und hatten Erfahrung in ähnlichen Dingen von der Watergate-Affaire bis hin zur Hilfe für Bill Clinton, Gouverneur von Arkansas zu werden. Die drei arbeiteten 4 Monate lang in Russland und erhielten 250.000 US-Dollar sowie die Übernahme aller Kosten und ein unbegrenztes Budget zur Durchführung von Befragungen und anderen Aktivitäten. Um ihre Identität zu verbergen, sagten sie, sie seien zum Verkauf von Fernsehern nach Russland gekommen.

Wie ihre erste Umfrage ergab, bevorzugten nur 6% der Wahlberechtigten Jelzin.

„Stalin hatte mehr positive und weniger negative Bewertungen als Jelzin“ sagte Dresner. Über 60% der Befragten nannten Jelzin korrupt, mehr als 65% meinten, dass er die Wirtschaft ruiniert habe.

Etwa zur gleichen Zeit gewährte der Internationale Währungsfonds auf Antrag der USA Russland einen Kredit von 10,2 Mrd. US-Dollar, was der russischen Regierung erlaubte, „riesige Summen für die Auszahlung von längst fälligen Löhnen und Renten an Millionen von Russen auszugeben.“

Außerdem ergaben die Umfragen, dass die Mehrheit der Wähler beunruhigt war über die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Bürgerkrieges, was die amerikanischen Polittechnologen dazu brachte, über eine einfache Dämonisierung der Kommunisten hinauszugehen.

Wie die Amerikaner selbst sagten, hegten in Russland viele nostalgische Gefühle zur Sowjetunion, niemand mochte den Präsidenten, doch die Gefahr von Unruhen und Klassenkämpfen behagte ihnen noch weniger, weil Jelzin betonte, dass es im Fall seiner Wahlniederlage zu einem Anstieg der Unzufriedenheit kommen könne. Die Aufgabe war es zu zeigen, dass Jelzin genau wie die Kommunisten Amerika widerstehen kann, das es ein Staatsoberhaupt ist, mit dem man rechnen musste.

Obwohl es dank der Arbeit der amerikanischen Polittechnologen gelang, die Kluft zwischen den Kandidaten zu verringern, war eine direkte Intervention von Bill Clinton notwendig, zumal Jelzin viele Ratschläge der Amerikaner ablehnte.

Die Rolle Clintons bleibt bis heute im Dunkeln, doch sein Assistent sagte später, dass der amerikanische Präsident ihm angeblich persönlich gesagt hatte, dass er möchte, dass Jelzin und nicht Sjuganow die Wahlen gewinnt, selbst die Daten der Meinungsumfragen verfolgt, Jelzin angerufen hatte und mit ihm besprochen hatte, wie der Wahlkampf zu führen sei – also praktisch der politische Berater des russischen Präsidenten wurde.

Mit den Reportern der Times, die diese Geschichte erzählten, hatten die an der Operation beteiligten Polittechnokraten selbst gesprochen.

In dem Artikel wurde folgende Schlussfolgerung gezogen: „Russland hat einen historischen

Schritt weg von seiner totalitären Vergangenheit getan. Das ist der Triumph der Demokratie, und mit ihm kamen die Instrumente der modernen Wahlkampagnen, einschließlich des Betrugs und der Täuschung, gute Bekannte für die Amerikaner.“

Wie der Autor des Artikels sagt, denken viele, dass Jelzin trotzdem verloren hatte, aber die Resultate wurden korrigiert, solch eine Meinung hatte 2012 auch Dimitrij Medwedjew geäußert. Daher, schreibt der Autor, liegt als wahrer Grund, warum die Arbeit der amerikanischen Polittechnologen mit Jelzin vertuscht wurde, ganz einfach der sein – es sollte als Vertuschung für die Wahlfälschung insgesamt dienen.

„Diese Geschichte unterstreicht die absolute Heuchelei der CIA, der Demokratischen Partei und der Medien, die sich bemühen, die anti-russische Hysterie zu schüren, um die Aggression gegen Russland vorzubereiten wegen der Russland zugeschriebenen Einmischung in das, was historisch von Amerika stammt – das Ergebnis des Ausgangs von Wahlen in anderen Ländern zu bestimmen“, schlussfolgert der Autor von World Socialist Web Site.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **12 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Slawjanoserbsk, Kalinowo, Molodjoshnoje, Rajewka, Sokolniki, Weselenkoje, Obosnoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Gegen Gay-Parade – Nationalisten blockieren Kiewer Stadtzentrum
Kiewer Nationalisten haben zentrale Straßen der Stadt gesperrt, um einen Marsch für die Gleichberechtigung sexueller Minderheiten zu verhindern. Dies teilte der Sprecher des nationalistischen Rechten Sektors, Artem Skoropadski, in seinem Facebook-Account mit. „Die Nationalisten haben Kiewer Zentralstraßen, die Wladimirskaja, das Lehrerhaus (das pädagogische Museum) blockiert, um die Gay-Parade in Kiew zu verhindern“, so Skoropadski.

Laut ukrainischen Medien hatten am 17. Juni Unbekannte die Webseite der ukrainischen Bewegung sexueller Minderheiten gehackt und dort eine Abbildung mit Drohungen veröffentlicht.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss und dessen Folgen

„Gestern um 19:30 Uhr begann von den ukrainischen Positionen aus ein heftiger Beschuss von **Jasinowataja**. Zu dieser Zeit fand auf dem zentralen Platz der Stadt eine Feier zum Tag des medizinischen Mitarbeiters statt. Wegen des Beschusses musste die feierliche Veranstaltung beendet werden“, teilte die Stadtverwaltung mit. „In Folge des Beschusses wurde das Gebäude des Jasinowatajer Allgemeinbildenden Internats beschädigt“.

Die Stadtverwaltung merkte an, dass eines der Geschosse nicht weit von dem Platz auftraf, es wurde aber keiner der zivilen Einwohner verletzt. Kurz vor dem Beschuss waren über dem Platz Drohnen beobachtet worden.

„Um 21:30 Uhr wurde durch Beschuss die Stromversorgung der Siedlung **Donezk-Sewernyj** unterbrochen“, fügte die Stadtverwaltung von Jasinowataja hinzu.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **61 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **21 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Panzern, Mörsern, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen“, teilte das operative Kommando mit.

Nach vorläufigen Angaben haben die ukrainischen Streitkräfte 81 Artilleriegranaten des Kalibers 152mm und 123 des Kalibers 122mm, 251 Mörsergranaten des Kalibers 120mm und

243 des Kalibers 82mm sowie 53 Panzergeschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert und darüber hinaus 363 Schüsse mit Schützenpanzern und Schützenpanzerwagen abgegeben. Mit Schusswaffen wurde 1093 Mal auf die Positionen der DVR geschossen.

de.sputniknews.com: "Grober Akt des Staatsterrors": Nordkorea über US-Engagement in Syrien

Die US-Aktivität in Syrien ist „Terrorismus unter Ägide eines Staates“, sie hindert die syrische Regierung an ihren Maßnahmen zum Erhalt der territorialen Integrität des Landes, zitiert die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti nordkoreanische Medien.

„Der Terrorismus, der unter Schirmherrschaft der USA ausgeübt wird, legt einen Stolperstein auf dem Weg der syrischen Regierung zum Erhalt der territorialen Integrität des Landes; die Raketen und Bomben der Yankees töten unschuldige Menschen in verschiedenen Erdteilen“, heißt es im am Sonntag erschienenen Kommentar der nordkoreanischen zentralen staatlichen Nachrichtenagentur (KCNA).

„Die US-Militäraktionen in Syrien empören immer mehr“, wird im Kommentar betont. Ausgerechnet die USA, so KCNA, seien „das Schlüsselement des internationalen Terrorismus“, sie „zerstören Frieden und Sicherheit auf der Welt“.

Anfang Juni hatten die USA und ihre Alliierten bereits zum dritten Mal die syrischen Regierungstruppen nahe At Tanf aus der Luft angegriffen. Der offizielle Sprecher der Alliierten hatte berichtet, dass im Laufe des Luftschlags ein Panzer und zwei Artilleriegeschütze zerstört worden waren, die die Grenzen der festgelegten Deeskalationszone verletzt und damit eine Bedrohung für die Einheiten der Koalitionskräfte dargestellt hätten.

de.sputniknews.com: Radikale mit Unterstützung türkischer Armee gehen in Provinz Aleppo in Offensive

Abteilungen der bewaffneten radikalen Gruppierungen unternehmen mit Unterstützung der türkischen Armee eine Offensive nördlich der Stadt Afrin in der syrischen Provinz Aleppo, teilte eine kurdische Quelle gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti mit.

„Man kann sagen, dass die türkischen Truppen und Kämpfer, die sie unterstützen, einen Kilometer tiefer in das syrische Territorium im Norden von Afrin eindringen konnten. Das Vordringen wird durch die Artillerie der türkischen Armee unterstützt“, so die Quelle. Die türkischen Artillerieeinheiten beschießen demnach mindestens sechs Tage nacheinander die kurdischen Siedlungen in der Umgebung der Stadt Afrin.

Die Kämpfer der radikalen Gruppierung „Ahrar al-Scham“ versuchen laut Quellenangaben gleichzeitig, strategische Höhen neben den Siedlungen am Rande der Stadt Afrin einzunehmen.

Die Stadt Afrin liegt im Norden der syrischen Provinz Aleppo an der Grenze zur Türkei und 20 Kilometer von der Grenzstadt Azaz entfernt, die von radikalen Gruppierungen kontrolliert wird. Afrin wird überwiegend von Kurden bewohnt.

de.sputniknews.com: US-Einschränkungen gegen Russland: Deutschland droht mit Gegensanktionen – DWN

Die Bundesregierung zeigt sich empört über die geplanten US-Sanktionen gegen Russland, berichtet die Online-Zeitung „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“ (DWN).

„Die Bundesregierung macht gegen neue Russland-Sanktionen des US-Senats geschlossen Front“, schreibt die Zeitung.

Als erster kritisierte demnach der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel die geplanten Russland-Sanktionen der USA. Später unterstützte Bundeskanzlerin Angela Merkel seine

Kritik. „Es ist, vorsichtig gesagt, ein eigenwilliges Vorgehen des US-Senats“, sagte ihr Sprecher Steffen Seibert. Es sei nicht zuzulassen, dass wirtschaftliche Interessen und Sanktionsfragen miteinander vermischt werden. Auch von SPD-Politikern und der EU-Kommission kam demnach Kritik.

Auch Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries warf den USA vor, die gemeinsame Linie aufgekündigt zu haben. „Ich finde es bedauerlich, dass das gemeinsame Vorgehen Europas und der Vereinigten Staaten in Sachen Russland und Sanktionen auf diese Art und Weise ausgehebelt und aufgegeben wurde“, sagte sie.

Zypries fügte hinzu: „Wenn es so ist, müssen wir uns überlegen, was wir dann gegebenenfalls dagegen tun.“

Die neuen Sanktionen betreffen dem Blatt zufolge auch europäische Unternehmen wie BASF, E.ON und OMV, die sich am Bau der neuen Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligen. Der Streit könne die transatlantischen Beziehungen weiter belasten.

„Anders als bei der Kündigung des Pariser Klimaschutzabkommens oder protektionistischen Tendenzen richtet sich die Kritik der Bundesregierung diesmal nicht gegen US-Präsident Donald Trump, sondern gegen den Senat, der die Sanktionen parteiübergreifend mit 97 zu zwei Stimmen beschlossen hatte“, so die Zeitung.

Am Mittwoch hatte der US-Senat mit Stimmenmehrheit den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Sanktionen gegen Russland gebilligt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Moskau sollen eine Verringerung der maximalen Laufzeit der Marktfinanzierung von russischen Banken auf bis zu 14 Tage und von Unternehmen aus dem Öl- und Gassektor bis zu 30 Tage vorsehen. Dabei handele es sich um Institutionen, die auf der Sanktionsliste stehen.

de.sputniknews.com: Litauen kommt Russophobie teuer zu stehen

Russland will einen Fährverkehr über die russischen Städte Ust-Luga und Baltijsk als Verbindung mit der Region Kaliningrad unter Umgehung Litauens einrichten, berichtet die Online-Zeitung vz.ru.

Am Samstag wurde bekannt, dass die Regierung Russlands einen Plan verabschiedet hat, wonach drei Fracht- und Passagier-Fähren gebaut werden sollen, die auf der Strecke Baltijsk-Ust-Luga eingesetzt werden.

Dies ermöglicht es, den Güterstrom aus der Region Kaliningrad, der derzeit über die Territorien Weißrusslands und Litauens läuft, auf eine Fährstrecke umzuorientieren.

Der schrittweise, aber konsequente Verzicht auf den Transit, vor allem durch Litauen, hängt dem Blatt zufolge mit der Wirtschaft und einem schwierigen Komplex politischer und militärpolitischer Gründe zusammen. Die harte Anti-Russland-Einstellung (sowohl die Rhetorik als auch das Vorgehen) von Vilnius habe in letzter Zeit ein neues Niveau erreicht.

Die litauische Regierung trete durch besonders laute Erklärungen über die „aggressive Militarisierung“ der Kaliningrader Region hervor. Zudem arbeite sie aktiv im Rahmen der Nato und baue eine Mauer an der russisch-litauischen Grenze. Wie die Zeitung weiter schreibt, hatte Litauen der Ukraine als erstes letale Waffen zur Verfügung gestellt, wobei es Kiew im vergangenen Jahr 146 Waffen sowjetischer Herstellung geschickt habe.

Unter diesen Bedingungen wolle der Kreml einen alternativen Transitkanal mit der russischen Exklave einrichten, weil die Verbindung dorthin von solch einem unfreundlichen Partner abhängt. Zudem wolle Moskau dieses Transitland nicht „nähren“.

Es sei nicht ausgeschlossen, dass der jüngste Vorfall, als litauische Grenzbeamte vier russische Soldaten aus einem Zug wiesen, das Fass der Geduld zum Überlaufen brachte.

Die Umorientierung der Passagier- und Warenströme erfordert eine enorme Arbeit. Die Infrastruktur solle entwickelt und die logistischen Ströme umgebaut werden. Dies alles erfordere große Investitionen.

Zuvor hatte der russische Botschafter in Litauen darauf hingewiesen, dass Vilnius Moskau 72

Milliarden US-Dollar schuldet.



Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **61 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf **13 Ortschaften** 91 Artilleriegranaten der Kaliber 152 und 122mm, 53 Panzergeschosse, 132 Mörsergranaten des Kalibers 82mm und 160 Mörsergranaten des Kalibers 120mm abgeschossen.

In **Richtung Mariupol** wurden **drei Ortschaften** beschossen. Vom Gegner wurden fünf Artilleriegranaten des Kalibers 152mm und 20 Mörsergranaten der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** wurden **vier Ortschaften** beschossen. Der Gegner schoss 61 Artilleriegranaten der Kalibers 152 und 122mm sowie 33 Mörsergranaten der Kaliber 120 und 82mm ab.

Durch Beschuss von Seiten des Gegners **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR.**

Es wurden zwei Häuser in **Jasinowataja** und im **Kiewskij-Bezirk von Donezk** beschädigt.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Konzentration von Kräften und Mitteln entlang der Kontaktlinie fest. So wurde im Gebiet von Pokrowskoje, 21 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von zwei Artilleriegeschützen „Msta-B“ des Kalibers 152mm festgestellt.

Im Vorfeld des für den 19. Juni geplanten Treffens von Poroschenko mit dem US-Präsidenten Donald Trump und des am 21. Juni bevorstehenden Treffens der Kontaktgruppe in Minsk hat die militärisch-politische Führung den ukrainischen Truppen und ihren Massenmedien die Aufgabe gestellt, mit allen Mitteln eine Verschärfung der Situation in der „ATO“-Zone zu demonstrieren. Mit diesem Ziel hat das **Kommando der „ATO“ die Anweisung** in die Brigaden gegeben, **im Zeitraum vom 17. bis 21. Juni Provokationen an der Kontaktlinie vorzubereiten und durchzuführen**, darunter auch den Beschuss von durch die ukrainischen

Streitkräfte kontrollierten Territorien.

Wir erinnern daran, dass zu diesem Zweck seit Anfang dieser Woche Vertreter der Bezirksverwaltungen auf Grundlage von Anweisungen des Leiters der militärisch-zivilen Verwaltung des Donezker Oblast Shebriwskij in den frontnahen Ortschaften auf den von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien Versammlungen durchgeführt haben, bei denen die örtlichen Einwohner Instruktionen erhielten, wie sie sich unter Bedingungen von Beschuss von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus, die Feuer angeblich vom Territorium der DVR aus imitieren werden, zu verhalten haben.

Geleitet von den Anweisungen des Kommandos sowie durch den Faktor der Anwesenheit des stellvertretenden Leiters der OSZE in der Ukraine Alexander Hug in Mariupol haben Vertreter der ukrainischen Truppen eigene Auseinandersetzungen in Richtung Mariupol organisiert, um lange herangereifte Widersprüche zu lösen. So gibt es Informationen über ein Gefecht zwischen Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade und nicht vom ukrainischen Kommando kontrollierten Kämpfern des „Rechten Sektors“ in Schirokino. Ursache des Gefechts war, dass Einheiten der ukrainischen Streitkräfte selbständig ihre Positionen in dieser Richtung verlassen haben. Die Kämpfe zwischen den ukrainischen Truppen endeten unter Verwendung von Mörsern verschiedenen Kalibers gegeneinander, darunter auch auf Stationierungsorte von Einheiten in Ortschaften. Aus diesem Grund werden von ukrainischen Massenmedien Schäden in Berdjanskoje gemeldet, dessen Territorium unter das Mörserfeuer der ukrainischen Truppen geriet.

Es ist wichtig anzumerken, dass die nächsten Positionen der Streitkräfte der DVR sich in einem Abstand von 5-6 Kilometern vom Beschussgebiet befinden, entsprechend konnten Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, die angeblich von unseren Einheiten abgefeuert wurden, trotz des innigen Wunsches der ukrainischen Massenmedien selbst theoretisch nicht angewendet werden. Dabei sind auf den Fotos, die in den Massenmedien der Ukraine veröffentlicht wurden, Krater zu sehen, die Detonationen von Mörsergeschossen des Kalibers 82mm entsprechen.

So sind im angegebenen Zeitraum nach unseren Informationen weitere „Fakes“ der ukrainischen Massenmedien und Provokationen von den Positionen der ukrainischen Truppen zu erwarten.

de.sputniknews.com: Scooter zeigt sich von negativer Reaktion auf Krim-Auftritt überrascht
Der Frontmann der populären deutschen Techno-Band Scooter, H. P. Baxxter, hat gesagt, dass er nicht mit solch negativen Reaktionen auf die Absicht, auf der Krim aufzutreten, gerechnet hat.

Im Gespräch mit der Zeitung „Bild“ betonte Baxxter, dass die Band sich ausschließlich mit Musik und künstlerischer Tätigkeit beschäftige und dass Scooters Schaffen apolitisch sei, berichtet die Internetseite des russischen TV-Senders Zvezda.

„Wir haben die Anfrage bekommen und spielen da im Rahmen eines Festivals. Wir sehen das als rein musikalisches Event, wir spielen für unsere Fans“, sagte der Musiker.

Der Manager der Band, Jens Thele, drückte ebenfalls sein Erstaunen aus und bemerkte: „Uns war gar nicht bewusst, dass wir uns hier in einen politischen Konflikt hineinbewegen.“

Die Band tritt beim Festival „ZBFest“ auf, das am 4. und 5. August nahe Sewastopol stattfindet.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31621/07/316210704.jpg>

de.sputniknews.com: Kiew: Nato kann von Ukraine viel lernen

Ein Nato-Beitritt der Ukraine kann für das Militärbündnis vorteilhaft sein. Das zumindest behauptete der ukrainische Außenminister, Pawel Klimkin, in einem Interview für die österreichische Zeitschrift Profil.

„Das westliche Bündnis muss sich auf neue Herausforderungen vorbereiten, und das geht leichter mit der Ukraine als ohne uns“, zitiert Profil den ukrainischen Außenminister. Laut Klimkin könnten die Nato-Mitglieder von der Ukraine viel lernen. „Es geht um Taktik, Widerstandsfähigkeit und Kampfbereitschaft. Ohne diese nützt die modernste Bewaffnung nichts“, fügte der Diplomat hinzu.

Klimkin betonte, die Ukraine werde der EU beitreten, wenn die EU selbst dazu bereit sei. Der ukrainische Außenminister rief auch die EU auf, der Ukraine mehr Hilfe zu leisten.

„Die Auffassung in der EU über die Ukraine hat sich drei Jahre nach den Maidan-Protesten grundlegend geändert. Aber ob die EU genug für die Ukraine tut? Wahrscheinlich nicht ganz“, so Klimkin.

Am 8. Juni hat die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) einen Gesetzentwurf abgesegnet, der Kiews Streben nach einer Nato-Mitgliedschaft festschreiben soll.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31613/03/316130382.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

In ukrainischen Massenmedien sind ein weiteres Mal Informationen aufgetaucht, dass am 15. Juni Einheiten der Volksmiliz der LVR Stschastje beschossen hätten und dadurch örtliche Einwohner verletzt wurden.

Ich will versichern, dass dies eine weitere provokative Falschmeldung der verlogenen ukrainischen Massenmedien ist. Die ukrainischen Truppen beschießen zielgerichtet von der Ukraine kontrollierte Ortschaften, um anschließend Einheiten der Volksmiliz der LVR zu beschuldigen.

Diese Information bestätigen auch örtliche Einwohner von Stschastje, die mitteilen, dass der Beschuss der Ortschaften aus Richtung der Positionen der ukrainischen Truppen am Rand von Saryj Ajdar kam.

Außerdem haben ukrainische Massenmedien Fotomaterial vorgestellt, das ihrer Ansicht nach Beschuss von unserer Seite aus bestätigt. Ich will anmerken, dass sie diese Fotomaterialien aus meiner Reportage vom Ort des Geschehens im Gebiet von Obosnoje entnommen haben, insbesondere das Endstück eines Mörsergeschosses des Kalibers 82mm.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht verändert und **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueinstellung **12 Mal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Perwomajsk, Molodjoshnoje, Slawjanserbst, Rajewka, Sokolniki, Weseljonkoje und Obosnoje**. Die ukrainischen Streitkräfte haben zum Beschuss 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden 155 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Die Volksmiliz der LVR lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und stellt die Frage der Sicherheit der Republik an erste Stelle.

Mit dem Personal der Einheiten werden ständig Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, bei denen die Kenntnisse und Fertigkeiten der Soldaten bei der Lösung von Aufgaben der Kampfführung in der Verteidigung unter Bedingungen des Übergangs des Gegners zum Angriff vervollkommen werden.

Wir halten die Minsker Vereinbarungen strikt ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die

ukrainische Seite sind wir bereit entschieden zu handeln.

Wir bemerken weiterhin Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte. So wurde im 1. Bataillon der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Stschastje ein Soldat in Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe im alkoholisierten Zustand verletzt, der Verletzte befindet sich in einer örtlichen medizinischen Einrichtung.

Die ukrainischen Soldaten verwenden weiterhin Drohnen an der Kontaktlinie für die Aufklärung und die Feuerleitung der Artillerieeinheiten, was durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist.

In den letzten 24 Stunden wurde von uns die Nutzung von **Drohnen in den Gebieten von Sansharowka, Slawjanoserbsk, Sokolniki und Obosnoje** bemerkt.

Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass am 16. Juni Einheiten des „Rechten Sektors“ die Positionen des 1. Bataillons der 14. mechanisierten Brigade im Gebiet von Stschastje beschossen haben.

Während dieses Zwischenfalls erlitten die Kiewer Truppen Verluste: zwei Schützenpanzer wurden beschädigt und ein Soldat wurde verletzt.

Es wurden Verluste von Technik in den Einheiten der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje festgestellt. In Folge von nachlässigem Verhalten von Seiten des Brigadekommandos wurden zwei Schützenpanzer funktionsunfähig.

de.sputniknews.com: China-Besuch: Lawrow über fazettenreiche Beziehungen mit Peking
Russland und China pflegen einen ständigen Dialog zu allen Aspekten der bilateralen strategischen Beziehungen, wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Sonntag sagte. „Alle Aspekte unserer vielseitigen strategischen Beziehungen werden in einem ständigen Dialog erörtert“, so Lawrow bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi.

„Heute gibt es eine gute Möglichkeit, den Zustand unserer bilateralen Beziehungen und das anzusehen, wie unsere von unseren Staatschefs getroffenen Verabredungen eingehalten werden, und uns natürlich auf die morgige BRICS-Sitzung der Außenminister vorzubereiten“, sagte Russlands Außenminister.

Er wies darauf hin, dass die Kontakte zwischen Russland und China sehr intensiv seien.

„Vorigen Monat sind Sie in Moskau gewesen, dann haben wir uns vor kurzem in Astana getroffen. Unsere Staatschefs pflegen auch recht reguläre und inhaltvolle Beziehungen.“ Man benötige solch ein aktives Zusammenwirken in der heutigen Welt. „Das Weltgeschehen erfordert ständige Aufmerksamkeit, es ist nicht stabil und nicht vorhersagbar“, so Lawrow abschließend.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow ist am Sonntag in Peking zur Teilnahme am BRICS-Treffen der Außenminister eingetroffen.

de.sputniknews.com: Putin: USA enthüllen nie Wahrheit über MH17

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview mit dem US-Regisseur Oliver Stone die Auffassung geäußert, dass die US-Geheimdienste über Informationen zum Abschuss der malaysischen Boeing 777 über der Ost-Ukraine 2014 verfügen, diese aber nicht ans Licht kommen lassen werden.

Angesichts der Einstellung der Vereinigten Staaten in Bezug auf die Situation in der Ukraine wundere ihn diese Position der USA nicht, so der russische Staatschef.

„Sie alle wollten die Schuld der Volkswehr im Donbass — und indirekt auch Russland, das diese unterstütze — in die Schuhe schieben. Wenn die Informationen diesem Gesichtspunkt widersprechen, werden sie (die USA — Anm. d. Red.) diese nicht an den Tag bringen“, sagte er.

Putin zeigte sich dessen sicher, dass die US-Geheimdienste über Informationen über den MH17-Absturz verfügen könnten: „Ich bin überzeugt, dass es nun einmal so ist“, sagte er. „Darin aber, was wir von unseren Partnern bekommen haben, gibt es leider keine Beweise“. Der Präsident verwies darauf, dass es gerade die ukrainische Armee war, die begann, „alle Arten von Waffen im Donbass“ einzusetzen.

Hätte Kiew also den Argumenten von Moskau Gehör geschenkt und keine umfassenden Kampfhandlungen eingeleitet, so hätte es auch keinen Boeing-Absturz gegeben, so Putin weiter.

Stones vierteiliger Dokumentarfilm „The Putin Interviews“ war vom 12. bis 15. Juni 2017 vom US-TV-Sender „Showtime“ ausgestrahlt worden. Eine Niederschrift des Interviews wurde in den USA am Freitag veröffentlicht.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines unter der Flugnummer MH17 mit 298 Menschen an Bord war am 17. Juli 2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur etwa um 15.20 Uhr MESZ im Luftraum über der Ukraine von den Radaren verschwunden. Nach Angaben russischer Fluglotsen befand sich die Boeing in diesem Augenblick etwa zehn Flugminuten von der russischen Grenze entfernt. Den Absturz überlebte niemand.

Gefunden auf der Facebook-Seite von Banda Bassotti: Erklärung der antifaschistischen Karawane

Wir erklären öffentlich, dass die antifaschistische Karawane sobald wie möglich Brüssel, den Sitz des EU-Parlaments, besuchen wird. Wir werden Fotomaterial, Videos und unsere eigenen Erfahrungen aus drei Besuchen des Donbass dorthin bringen.

Die Kiewer Regierung beschießt den Donbass seit mehr als drei Jahren jeden Tag. Die Hauptziele dieses Krieges sind Kinder, Frauen, Familien, Zivilisten, Infrastruktur, Krankenhäuser und Schulen. Das Volk, das keine Armee hatte und keine Absicht irgendjemanden anzugreifen, war gezwungen, sich zu verteidigen und für das eigene Land und das eigene Leben zu kämpfen. Die EU und die Regierungen, die sie bilden, sind bis heute Komplizen der NATO, der US-Regierung und der nazifaschistischen Amtsträger gegen die Völker des Donbass und der Ukraine.

In diesem „gerechten und demokratischen“ Europa hat die Kiewer Regierung vor, ein Gesetz über das Verbot der Kommunistischen Partei und ihre Symbole anzunehmen.

Solche Gesetze nach dem Beispiel der Nazifaschisten beleidigen die, die für die Freiheit gekämpft haben und alle, die diese Ideale in Europa und der Welt unterstützen.

Wir halten es für notwendig, dass die Antifaschistische Karawane das EU-Parlament besucht, um ein weiteres Mal zu zeigen, dass das Europa der antifaschistischen Zivilgesellschaft, der Kommunisten, der Arbeiter, der prekär Beschäftigten an der Seite des Donbass und der antifaschistischen Ukraine steht. Wir danken Eleonora Forenza, EU-Parlamentarierin der Rifondazione Comunista für die organisatorische Hilfe, die Unterstützung und die Teilnahme und nutzen die Gelegenheit, um alle, die als Vertreter ihrer eigenen Völker gewählt wurden, einzuladen, für deren Verteidigung einzutreten und sich jeder Politik zu widersetzen, die uns in die Düsternis des Kriegs, der Zerstörung, der Unwissenheit, des Nazismus und des Faschismus zurückbringt.

Während des Besuchs werden wir 262 Blumen zum Marcinelle-Bergwerk bringen, wo 262 Bergleute ihr Leben verloren, zu einem großen Teil italienische Emigranten, um das Andenken und die Geschichte eines Volkes von Emigranten lebendig zu halten.

BANDA BASSOTTI – Juni 2017 – Rom – Planet Erde
No Pasaran!



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/06/Antifascist-Caravan-768x343.jpg>
<https://www.facebook.com/bandabassottiband/videos/10154409028826574/>

de.sputniknews.com: Die Administration des US-Präsidenten Donald Trump will mit dem Kongress arbeiten, damit er für das Weiße Haus günstige Änderungen in den Gesetzentwurf über die neuen Russlandsanktionen annimmt. Dies schreibt die US-Zeitung „Politico“ unter Berufung auf eine hochrangige Quelle in Trumps Administration.

„Das Weiße Haus ist besorgt, dass der Gesetzentwurf ihm die Hände bei der Arbeit an den russisch-amerikanischen Beziehungen fesselt, wovon Außenminister Rex Tillerson öffentlich gesprochen hat“, schreibt das Blatt.

In seiner aktuellen Fassung beschränke das Dokument unter anderem das Recht des Präsidenten, die Sanktionen aufzuheben.

Allerdings unterstütze das Weiße Haus die Sanktionen gegen Russland, so die Quelle.

„Politische Folgen eines Vetos sind noch nicht besprochen worden“.

Trump's Administration habe vor, mit den Republikanern im Repräsentantenhaus, das dieses Dokument bisher nicht behandelt habe, an Änderungen im Gesetzentwurf zu arbeiten.

„Da das US-Außenministerium aktiv mit den Gesetzgebern zusammenwirkt, ist das Weiße Haus sicher, dass es Verbündete im Repräsentantenhaus hat, die sich auch Sorgen über den Traditionsbruch und die Beschränkung der Kontrolle der Exekutive über die Sanktionen machen“, so „Politico“.

Am Mittwoch hatte der US-Senat mit nur zwei Gegenstimmen den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Sanktionen gegen Russland gebilligt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Moskau sollen eine Verringerung der maximalen Laufzeit der Marktfinanzierung von russischen Banken auf bis zu 14 Tage und von Unternehmen aus dem Öl- und Gassektor bis zu 30 Tage vorsehen. Dabei handele es sich um Institutionen, die auf der Sanktionsliste stünden.

de.sputniknews.com: Das hält Moskau von Trumps härteren Linie gegenüber Kuba
Das russische Außenministerium hat sich mit Kuba solidarisiert: Die durch US-Präsident Donald Trump gekündigte Versöhnungspolitik mit der Karibik-Insel erinnere an die Rhetorik des Kalten Krieges.

„Die von Präsident Trump verkündete Linie gegenüber Kuba bringt uns zurück zu einer fast schon vergessenen Rhetorik aus der Zeit des Kalten Krieges“, erklärte die Behörde auf ihrer Website. Eine solche Vorgehensweise habe jahrzehntelang die Einstellung der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba gekennzeichnet.

Es sei bedauerlich, dass der Anti-Kuba-Diskurs immer noch weit verbreitet sei, hieß es weiter. Ein „arroganter Stil“ hätte keine Perspektiven bei Verhandlungen mit Kuba. Moskau sei nach wie vor solidarisch mit Havanna. „Wir sind gegen Blockaden, Sanktionen und Trennlinien. Wir stehen für einen Dialog, Zusammenarbeit und Kommunikation ohne Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen.“

Dabei sei Russland nicht der einzige Staat, der diese Meinung vertrete: Immerhin hätte eine ganze Reihe von Ländern in den vergangenen Jahren zahlreiche UN-Resolutionen zur Abschaffung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba unterzeichnet.

„Wir wollen die Administration Trumps dazu aufrufen, dieser nahezu einhelligen Meinung der Weltgemeinschaft Gehör zu schenken“, so das Außenministerium in Moskau.

Abends:

de.sputniknews.com: „Schwulenjagd“ in Kiew: Radikale durchkämmen Stadt nach Gay-Parade

Nach dem heute in der ukrainischen Hauptstadt abgehaltenen Marsch für die Gleichberechtigung sexueller Minderheiten haben Nationalisten zu einer Jagd auf „Perverse“ aufgerufen. Die Polizei meldet mehrere Fälle, es soll auch ein Journalist von Associated Press bedroht worden sein.

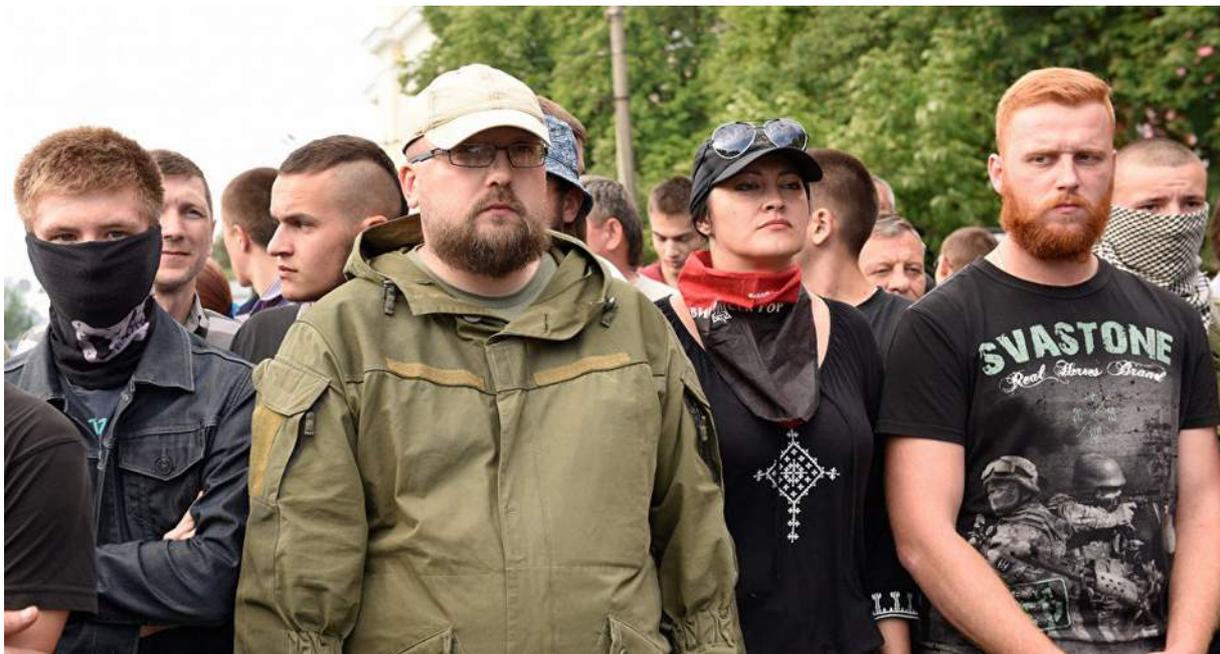
So habe eine Gruppe von Unbekannten mehrere Stunden nach dem Ende der Parade zwei schwule Männer angegriffen. Dabei sei einem der beiden Pfefferspray ins Gesicht gesprüht worden und sein Begleiter sei derweilen verprügelt worden, berichtet ein Polizeisprecher. Einer der Angreifer sei festgenommen worden. Es seien eine Gesichtsmaske, ein Messer und Pfefferspray beschlagnahmt worden. Die beiden angegriffenen Männer seien in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

In Kiew habe nach dem Marsch eine regelrechte Menschenjagd begonnen, berichtet eine Aktivistin gegenüber ukrainischen Medien. So würden kleinere Gruppen von Nationalisten das ganze Stadtzentrum auf der Suche nach „Perversen“ durchstreifen.

Wie eine ukrainische Journalistin in ihrem Facebook-Account berichtet, haben Radikale einen israelischen Staatsbürger angegriffen. Die Nationalisten hätten dabei ihr und ihrem Kollegen von Associated Press gedroht.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31621/31/316213134.jpg>



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31621/32/316213201.jpg>

ukrinform.ua: Die erste stellvertretende Vorsitzende der Obersten Rada der Ukraine Irina Geraschtschenko meint, dass die Ukraine das Examen zu den grundlegenden europäischen Werten bestanden hat.

Dies schrieb Geraschtschenko auf ihrer Facebook-Seite, wo sie die Durchführung des Marsches der Einheit in Kiew kommentierte.

„Der Marsch der Einheit verlief ohne besondere Provokationen oder Vorfälle. Obwohl einige Polizisten durch Aktionen radikaler Schläger verletzt wurden. Kiew und die Ukraine haben das Examen zur Identifikation mit den grundlegenden europäischen Werten bestanden – das Recht, frei und gleich und man selbst zu sein, Das ist gut. Danke übrigens unserer Polizei, ihr seist klasse“, schrieb die erste Vize-Sprecherin.

„Irina Geraschtschenko stellte außerdem fest: „In Bezug auf die, die andere, konservative

Ansichten haben und Gegner der Parade sind – es ist das Recht eines jeden Menschen, bestimmte Ansichten zu vertreten. Aber warum nur Polizisten angreifen? Gewalt und Aggression wird nicht begrüßt und übrigens schon in der Bibel verurteilt.“

de.sputniknews.com: Russische Aggression in Ukraine? Von wegen! – Kiew verschläft chinesische Offensive

China wird zum größten Investor in die ukrainische Wirtschaft und wird dadurch seinen politischen Einfluss im Land unvermeidlich vergrößern, schreibt das Nachrichtenportal Ukraina.ru. Diesen Trend ließ die ukrainische Staatsführung offenbar unbeachtet.

Kiew kämpft gegen eine sich eingebildete russische Aggression, indem es unter anderem die Zusammenarbeit mit Russland in den Tech-Branchen einstellt. Inzwischen erringt China führende Positionen im Kampf um ukrainische Ressourcen und hat dabei eine gut durchdachte Strategie.

Dem Nachrichtenportal zufolge haben chinesische Anleihen und Investitionen in der Ukraine IWF-Kredite und die drei Milliarden US-Dollar von Russland bereits überholt. Dabei seien die Risiken für chinesische Unternehmer minimal, denn sie böten ihre Kredite in Form von Waren an, die sie auch als Pfand betrachten.

So fänden chinesische Investoren beispielsweise die ukrainischen alternativen Energien attraktiv, so das Portal. Ende 2016 habe der chinesische Konzern zehn größte Photovoltaikkraftwerke in der Ukraine mit einer Gesamtleistung von 267 Megawatt gekauft. Angelegt hätten die Chinesen rund eine Milliarde US-Dollar.

Der Deal sei durch Warenkredite finanziert worden: High-Tech-Anlagen seien geliefert worden und hätten zugleich als Pfand gegolten. Ukrainische Firmen hätten die Anlagen nicht bezahlen können, und das chinesische Unternehmen habe also Eigentumsrechte an Kraftwerken erworben.

Nach diesem Vorbild könnte auch die größte ukrainische Telekommunikationsgesellschaft Ukrtelecom von Chinesen privatisiert werden, die mit der China Development Bank und dem Telekommunikationsausrüster Huawei einen Vertrag zur Modernisierung ihrer Netze geschlossen habe.

Ende 2016 habe die Kreditverschuldung von Ukrtelecom rund 13 Millionen US-Dollar betragen. Dabei habe die gesamte Pfandsumme des Unternehmens etwa 450 Millionen US-Dollar ausgemacht. Alle Immobilien von Ukrtelecom würden auf lediglich 154 Millionen US-Dollar geschätzt.

Nicht weniger seien Chinesen an ukrainischen traditionellen Energien interessiert. Das Unternehmen China Development Bank Corporation hat dem ukrainischen Energiekonzern Naftogas ein Darlehen im Wert von 3,6 Milliarden US-Dollar für den Kauf von Gasförderanlagen angeboten.

So schließt das Webportal nicht aus, dass „Naftogas“ auch einen Warenkredit bekommen kann. Im Falle seiner Zahlungsunfähigkeit könne die chinesische Seite die Vermögenswerte des ukrainischen Energieunternehmens unter ihre Kontrolle bringen.

Zudem will China Technologie-Unternehmen in der Ukraine bauen lassen. Angesichts der niedrigen Löhne sei eine solche Initiative für die Chinesen hochattraktiv. Zudem habe Kiew mit der EU einen Vertrag über eine Freihandelszone, der den in der Ukraine hergestellten chinesischen Waren den Zugang zum europäischen Markt erleichtern solle.

Auch die landwirtschaftliche Produktion und der Bodenmarkt sollen künftig mit einer starken Intervention von chinesischem Kapital konfrontiert werden.

Das einheimische Business werde also unvermeidlich durch das chinesische verdrängt werden, schreibt die Zeitung abschließend, und der politische Einfluss von China in der Ukraine solle also dementsprechend zwangsläufig zunehmen.